

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus
sinnlich. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen
10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgebolt 8,50 M. Für Post-
bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Bezugnahme
bezogen für Preußen und Ostpreußen 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
postfällig. Verkaufspreis, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M.,
Reaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 56.

Die wichtigsten Neuerscheinungen über den Krieg 1914-18, einschließlich
Lehrbuch der Kriegsgeschichte. Mehr Ausgaben: Das fertige Buch 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Ausländische Ausgaben: Italien
Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,20 M., extra zur Zeit. Stellen-Angebote
in Wort-Anzeigen das fertige Buch 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.,
Verlagsdruck: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4603, 4625, 4648, 4922

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge

Die Weltkrise

Die Verhandlungen in London scheinen jenen unheilvollen Verlauf zu nehmen, den man befürchten mußte. Mit großem Nachdruck haben wir in der „Freiheit“ und Genosse Hilferding hat es in Wien vor den Vertretern der sozialistischen Parteien hervorgehoben, daß die internationale Lage eine verhängnisvolle Ähnlichkeit mit der im Juli 1914 gewonnen hat, daß die Regierungen immer mehr die Freiheit verlieren, um die sich stets verschärfenden Gegensätze noch durch einen vernünftigen Ausgleich beizulegen, daß sie die Gefangenen ihrer Drohungen geworden sind. Der Verlauf der Londoner Konferenz zeigt, daß wir nur noch sehr wenig von der Erneuerung des Krieges zu standes entfernt sind.

Die Vorschläge, die die deutsche Regierung gemacht hat, haben zunächst bei den Entente-Regierungen große Enttäuschung hervorgerufen, und namentlich die französische Presse leicht ihrem Unmut zornige und erbitterte Worte. Erkennt die deutsche Regierung in den Pariser Vorschlägen keine geeignete Grundlage für Verhandlungen, so erklärte dasselbe Lloyd George von den deutschen Gegenvorschlägen. Es ist möglich, daß es in kürzester Zeit zum Abbruch der Verhandlungen kommt und dann das Spiel der „Sanktionen“, der Strafmaßnahmen beginnt. Und das bedeutet, mögen diese Strafmaßnahmen zunächst sich auch nur auf wirtschaftliche Schritte beschränken, wie auf die Abschneidung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland durch eine neue Zollgrenze, doch in der Tat den Beginn des Wiederauflebens des Krieges mit allen seinen verheerenden Folgen für das ohnedies darniederliegende Wirtschaftsleben nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt.

Es ist klar, daß das, was sich da vollzieht, ein Wahnsinn und Verbrechen ist. Aber das ist ja eben das Furchterliche, daß, obwohl alle Regierungen es wissen, heute noch klarer vor Augen sehen, als selbst in den letzten Julitagen von 1914, welche verheerenden Folgen sie heraufbeschwören, sie alle so in imperialistischen Machtgefühnen und kapitalistischen Konkurrenzbestrebungen verstrickt sind, daß sie die Fähigkeit, den Ausweg zu finden, verlieren. Und nur eines unterscheidet die jetzige Situation von der damaligen, daß das Proletariat sich weder von dem Bürgerfrieden im Innern, den man jetzt nationale Einheitsfront nennt, noch durch die Preisgabe des internationalen Gesichtspunktes davon abhalten lassen wird, mit aller Kraft mit seinen Gegenaktionen einzusetzen, um in jedem Stadium den Gang der Dinge den Interessen seiner Klasse gemäß zu beeinflussen.

Es ist in dem Augenblick, in dem wir schreiben, noch nicht abzusehen, ob es überhaupt noch zu einer sachlichen Diskussion der Wiedergutmachungsfrage auf der Konferenz kommen wird. Die Gegenvorschläge der deutschen Regierung gehen davon aus, daß der Augenblickswert der Pariser Forderungen nach Abzug der 8 Prozent Diskont etwas über 50 Milliarden Goldmark betrage. Die Regierung meint, daß 20 Milliarden bereits durch die bisherigen Leistungen getilgt seien. Den Rest von 30 Milliarden bietet sie als Wiedergutmachungszahlung an. Davon sollen zunächst acht Milliarden durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden, die Deutschland zu verzinsen und von Mai 1926 an mit 1 bis 1½ Prozent zu tilgen hätte. Dazu kämen 5 Prozent Zinsen für die Restsumme von 22 Milliarden. Für die nächsten 5 Jahre will Deutschland, abgesehen von den Zinsen für die bereits mobilisierte Anleihe, feste Jahreszahlungen von je einer Milliarde Goldmark übernehmen. Gegen diese sind bis zum 1. Mai 1926 die fünfprozentigen Zinsen der nicht begebenen Restschuld in Anrechnung zu bringen. Sollte der Zinsbetrag der Restschuld höher sein als eine Milliarde Goldmark jährlich, so sollen am 1. Mai 1926 die überschüssigen Beträge der Restschuld ohne Berechnung von Zinseszinsen zugeschlagen werden.

Danach würden sich die deutschen Leistungen ungefähr folgendermaßen gestalten: Zunächst die Zinsen für die 8 Milliarden-Anleihe, die bei Annahme von 5 Prozent 400 Millionen jährlich betragen würden, dazu kämen vom 1. Mai 1926 noch 80—120 Millionen für die Tilgung. Für die nächsten fünf Jahre werden außerdem jährlich eine Milliarde gezahlt. Während dieser Zeit würden die 22 Milliarden praktisch unverzinst bleiben. Bei einer Zugrundelegung von fünf Prozent wäre der jährliche Zinsbetrag 1100 Millionen. Da von den 1100 Millionen 1000 auf die Jahreszahlung angerechnet werden, würde 1926 die Kapitalsumme unterdessen um 500 Millionen geringen sein. Zugleich verpflichtet sich Deutschland, sobald als möglich durch neue internationale Anleihen die Restsummen abzutragen. Die zwölfprozentige Exportabgabe wird, wenn auch nicht unbedingt, abgelehnt und als Voraussetzung für die Vorschläge vor allem das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland angeben.

Nach den Nachrichten aus London scheint die Bedeutung dieser Vorschläge nicht in ihrem vollen Umfange von den

Teilnehmern der Konferenz erkannt worden zu sein. Aber wie dem auch immer sei, so müssen wir damit rechnen, daß in dem nächsten Stadium diese Vorschläge zurücktreten und die Strafmaßnahmen in den Vordergrund gelangen. Nun bestimmt der Friedensvertrag, daß die deutschen Leistungen für die Wiedergutmachung vom 1. Mai 1921 an zu erfolgen hätten und die Wiedergutmachungskommission ihren Umfang und die Zahlungsmöglichkeiten bekanntgeben müsse. Erst wenn Deutschland dann mit seinen Zahlungen in Verzug bleibt, diese Tatsache von der Wiedergutmachungskommission konstatiert ist, können Strafbestimmungen in Kraft treten. Gegen diese Auffassung des Friedensvertrages stürmen aber die französischen nationalistischen Kreise an. Sie erklären, daß Deutschland andere Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt habe und deshalb seien die Entente-Regierungen berechtigt, alle Strafmaßnahmen, die ihnen geeignet erscheinen, sofort in Kraft zu setzen. Wenn es auch im gegenwärtigen Momente scheint, daß die englische und namentlich die italienische Regierung, dieser scharfmacherischen Auslegung des Friedensvertrages widerstreben, so ist doch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die französische Auffassung entweder die Oberhand behält oder daß unter Umständen die französische Regierung sogar allein mit Zwangsmitteln vorgeht. Dadurch würde auch die Aussicht vereitelt, daß noch Zeit gewonnen und unterdessen eine andere Lösungsmöglichkeit, z. B. die Rückkehr zu den Grundgedanken des Brüsseler Planes, ein fünfjähriges Provisorium zu schaffen und in diesem Zeitraum mit der Abtragung der Wiedergutmachung, zum größeren Teil durch Sachleistungen zu beginnen, gefunden werden könnte.

Unannehmbar und indiskutabel

Paris, 1. März.
Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, das Hauptergebnis der Nachmittagsitzung der alliierten Vertreter sei der einstimmige Beschluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar als indiskutabel erachtet worden seien. Bei Beginn der Sitzung hätten Douhaeur, Jaspas und Theunis eine gedrungene Kritik der deutschen Gegenvorschläge gegeben. Sie hätten zuerst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittels einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch mehr verringern. Als Zinsfuß hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei, als ein solcher von 5 Prozent. Auch an der Mischung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die vereinten Minister Kritik geübt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelschiffe auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach allierter Schätzung nur 700 Millionen Mark betrage. Die Vorschläge, betreffend die internationale Anleihe, hätten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen.

Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberschlesien, seien als unverhältnißvolle Beleidigung des Friedensvertrages (!) bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge auf Leistung der Zahlungen in natura. Infolgedessen hätten die alliierten Delegierten beschlossen, über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten.

Morgen früh 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammenzutreten. Der juristische Vertreter des französischen Außenministeriums, Fromageot, wird heute abend in London eintreffen.

Der amtliche Bericht

London, 1. März. (Reuter.) Amstsch.

Die alliierte Konferenz von heute nachmittag hat beschlossen, die juristischen und militärischen Ratgeber morgen um 10 Uhr zu befragen, mit dem Ziele, die deutsche Delegation am Donnerstag von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die die Alliierten zu treffen sich vorgenommen haben.

Die Sachverständigen treten morgen früh 10 Uhr zusammen. Die alliierten Delegationen versammeln sich mittags, um den Bericht der Sachverständigen entgegenzunehmen und sich über eine entschiedene Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge schlüssig zu werden.

Die angedrohten Strafmaßnahmen

London, 2. März.

Reuter erzählt aus französischen Kreisen, daß folgende Sanktionen auferlegt werden sollen, falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist:

Erhebung einer 50prozentigen Abgabe auf deutsche, nach den alliierten Ländern ausgeführte Waren.
Errichtung einer Zollschranke für das linke Rheinufer, das damit wirtschaftlich vom übrigen Deutschland getrennt wird.

Besetzung der deutschen Kohlenhäfen auf dem rechten Rheinufer, und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Zölle.

Der Eindruck bei den Alliierten

Paris, 2. März.

Die Aufnahme, welche die deutschen Gegenvorschläge in Paris selbst und in der heutigen Pariser Morgenpresse finden, war zu erwarten. Stadt und Presse sind von vorn erfüllt. Es wird übereinstimmend von einer neuen Herausforderung durch Deutschland, von lächerlichen Angeboten und von schlechtem Willen Deutschlands gesprochen. Die Blätter finden sich einig in der Feststellung, daß die Rede Dr. Simons auf alle Alliierten den schlimmsten Eindruck gemacht habe. Was bei den Betrachtungen der Urteile der heutigen Pariser Morgenblätter besonders interessiert, sind die Folgen, die das deutsche Angebot nach sich ziehen müßte. In dieser Hinsicht aber gehen die Mitteilungen über die von der französischen und englischen Regierung geplanten Absichten weit auseinander. Frankreich hat den brennenden Wunsch nach einem sofortigen Vollzug der Strafmaßnahmen. Dieser Auffassung jedoch wird von englischer und italienischer Seite lebhaft widersprochen. Es wurden bereits gestern drei Kommissionen von Sachverständigen gebildet, eine militärische, eine wirtschaftliche und eine juristische, welche noch heute vormittag zusammentreten werden und heute nachmittag dem Obersten Räte der Alliierten das Ergebnis ihrer Beratungen mitteilen sollen. Die nächste Zusammenkunft mit den deutschen Vertretern ist für Mittwoch in Aussicht genommen. An diesem Tage soll den Deutschen die Ansicht der Alliierten bekanntgegeben werden. Weitere Besprechungen mit den Vertretern Deutschlands sind wenigstens einstweilen nicht geplant.

Dem „Echo de Paris“, das über die im Kreise der Alliierten herrschenden Absichten besonders gut unterrichtet zu sein scheint, ist zu entnehmen, daß Lloyd George vorderhand nur wirtschaftliche Strafmaßnahmen wünscht. In dieser Richtung wird als Plan des englischen Ministerpräsidenten bekannt: Man muß die gesamte deutsche Ausfuhr nach den alliierten Ländern mit 50 Prozent versteuern. Von französischer Seite wird hervorgehoben, daß diese Maßregel wenig wirksam wäre, und man schlägt vor, wenn wirtschaftliche Strafmaßnahmen allein zur Durchföhrung kommen sollten, Beschlagnahme der deutschen Zölle am linken Rheinufer, gemäß Artikel 270 des Versailler Vertrages, Schaffung eines eigenen Zollgebietes in den Rheinländern und Beschlagnahme der deutschen Kohlausfuhrorte im Rhein- und im Ruhrgebiet.

Die französischen Sachverständigen treten auch für die Aufhebung der Ermächtigungen vom 26. Juni 1919 ein, wonach das Rheinland am politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands vollen Anteil habe. Was die militärischen Maßnahmen betrifft, ist Lloyd George für eine beschränkte, sozusagen, behaltene Operation. Zwischen den Alliierten besteht ein tiefgehender Widerspruch über die Frage, ob der Artikel 233 des Versailler Vertrages noch vor dem 1. Mai dertat in Anwendung gebracht werden könnte, daß die Zwangsmaßnahmen sofort in Vollzug treten würden.

Im Namen der italienischen Delegierten erklärte Graf Sforza, der Buchstabe und der Geist von Versailles müßten beobachtet werden. Unbedingt sei also der 1. Mai abzuwarten, der ja übrigens nicht weit entfernt sei. Wenn die Alliierten eine andere Haltung einnähmen, könnten die Deutschen selbst in den Orientländern Anhänger finden, wodurch eventuell die Anwendung militärischer Strafmaßnahmen schwierig würde, und Deutschland könnte sich in dieser Angelegenheit an den Völkerverbund wenden. Die Franzosen stehen dem gegenüber auf dem Standpunkt, daß bereits jetzt alle Verhörungen, die sich Deutschland gegen den Versailler Vertrag habe zu Schulden kommen lassen, festgeföhrt werden müssen, und infolgedessen Zwangsmaßnahmen schon jetzt durchzuführen könnten. Lloyd George beharrt auf seiner Meinung, es dürfe nichts entschieden werden, ehe die Alliierten die vollste Sicherheit für ihr zweifelloses Recht gegen Deutschland erlangt hätten. Gegen die Feststellung der deutschen Verhörungen bezüglich des Versailler Vertrages hat Lloyd George nichts einzureden.

Weber die Aufnahme der deutschen Gegenvorschläge erzählt man, Douhaeur habe davon gesprochen, daß Deutschland im ganzen nur 25 Prozent aller alliierten Forderungen biete. Es sei hervorzuheben, daß Dr. Simons gestern in London seine Rede nicht vollständig vorgetragen habe, und die Erfüllung einer Leistung von nur 25 Prozent sogar noch von gewissen Bedingungen abhängig mache. Die Franzosen

Groß-Berlin

Die Doppelwohnung der Gräfin Wartensleben

Der 'Vossischen Zeitung' wird geschrieben: Die Wohnungsangelegenheit der Gräfin Wartensleben hat immer noch ihrer Erledigung...

Das ist eine geradezu unverständliche Haltung des Oberpräsidiums, die den Anschein einer bewußten Parteinahme für die arme Gräfin hervorrufen muß.

Der Sonnenfeld-Projekt

Am fünften Verhandlungstage wurden von den Verteidigern bedeutungsvolle Anträge gestellt. Rechtsanwalt Nübel stellt den Antrag, die jetzige Verhandlung gegen Ernst Sonnenfeld abzutrennen...

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Sache von der Staatsanwaltschaft abgetrennt sei. Rechtsanwalt Nübel beantragt alsdann, die Strafsache gegen Sonnenfeld mit der Untersuchung gegen Sklarz zu verbinden...

Rechtsanwalt Grünwald beantragt, diese Sache auszuscheiden bis zur rechtskräftigen Erledigung der Sache Sklarz. Der Angeklagte muß glaubhaft machen können, daß er befürchten konnte, daß keiner Meinung nach strafbare Handlungen begangen sind...

Rechtsanwalt Grünwald beantragt, diese Sache auszuscheiden bis zur rechtskräftigen Erledigung der Sache Sklarz. Der Angeklagte muß glaubhaft machen können, daß er befürchten konnte, daß keiner Meinung nach strafbare Handlungen begangen sind...

Angeschuldigter Sonnenfeld: Ich habe längst das Empfinden, daß Sie unbedeutend darauf bestehen müssen, daß Ihre Sache hinter der von Sklarz verhandelt wird. - Vorsitz: Sie haben aber das Gegenteil getan und in Ihrem Schreiben an mich Beschleunigung gefordert...

Angeschuldigter Hermann Sonnenfeld: Staatsanwalt Guffahrt wird unter keinem Versteher, wie schon an anderer Stelle, daß er von Herrn Weismann veranlaßt werden sollte, das Verfahren gegen Sklarz niederzulassen...

sch anhängig sei. Auch der weitere Antrag auf Aussetzung wird aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelehnt.

In der Dienstagverhandlung wurden dann die ganzen rechtlichen Einzelheiten klargestellt. Es sind im ganzen fünf Fälle, in denen der Angeklagte Ernst Sonnenfeld sich den Betrag der Ueberpreise auf sein Konto überweisen ließ im Gesamtbetrag von 179 823 Mark.

Im Anschluß an die Erörterung dieser Lebensmittelfälle fragt der Vorsitzende den Angekl. Ernst Sonnenfeld, ob nach seiner Meinung Georg Sklarz mit der Berechnung dieser Ueberpreise einverstanden gewesen wäre...

Keine Hochhäuser für Wohnzwecke. In einer vor kurzem verbreiteten Nachricht, die fälschlicherweise als von zuständiger Stelle stammend bezeichnet war, wurde behauptet, das preussische Wohlfahrtsministerium hielte aus Gründen der Spartheil die Errichtung von Hochhäusern für Wohnzwecke für notwendig.

Wohnungsfrage für Angestellte und Arbeiter des Preussischen Staates. Zur Gewährung von Hauskreditbüchern für die Errichtung neuer Wohnungen, die preussische Beamten und Arbeiter auf längere Dauer zur Verfügung gestellt werden...

Arbeiterlegitimationskarten für Deutsch-Ausländer. Ein neuer Erlass des Ministeriums des Innern hat die bisherigen Bestimmungen in dem Sinne geändert, daß Ausländer, die sich mit einem gültigen Pass ausweisen...

Florien. Ein schwarze glanzelene Brieftasche am Dienstag auf dem Wege von der Blumenstraße nach Kreuzf., Bobbinstraße, verloren gegangen. Inhalt: Geld, Marken des Metallarbeiterverbandes nebst Ausweiskarte des Verbandes u. a. m.

Voranschauliches Wetter für Berlin und Umgebung für Donnerstag. Etwas kühl, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und frisch westlichen Winden.

Gewerkchaftliches

Einbruch bei den Metallarbeitern

Die Berliner Ortsverwaltung des D. M. V. teilt uns mit: Durch Einbruch ist bei einem unserer Bezirksräster ein größerer Posten Verbandsmarken entwendet worden.

Zum Vergarbeiterarist

Die am 24. Februar in der Reichsarbeitsgemeinschaft über die Frage der Einführung eines Reichsmanteltarifs im Bergbau gepflogenen Verhandlungen haben zu einer Verständigung der Beteiligten nicht geführt.

Lageber. Am 25. und 26. Februar hielt der Beirat des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Porzellanverbands seine erste Tagung ab. Verhandlungsgegenstand Blum referierte über die Entwicklung und Durchführung unserer Reichstaxi.

Aus den Organisationen

Mittwoch, 2. März

12. Mittw. Obereisenkonferenz der Kapitalistenkommission, abends 7 1/2 Uhr, Volkshausstr. 1-3, bei Genl. Erscheinen aller Obereisen dringend ersucht.

Donnerstag, 3. März

14. und 15. Mittw. Eine erste Zusammenkunft zur Schaffung einer Kettengesellschaft, die zur schrittweisen Herabsetzung unserer Gewehre dienen soll, findet abends 7 1/2 Uhr bei Koller, Grotzowstraße, statt.

Freitag, 4. März

8. Mittw. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz im Vortelhof. Tagesordnung: Die Wandtagungen und die politische Lage. Erscheinen Pflicht.

Vereinskalender

Donnerstag, 3. März

Band der jehudischen Ansehlichen und Beirats. Mitgliederberaumung: Karben 4: Ref. Hubertus, Reinholdstr. 21, abends 7 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rebold, Berlin. Verantwortlich für den Vertriebsdienst: Ludwig Kammerling, Berlin. - Druck der 'Freiheit' Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Prinzenstr. 83-85. Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1957, 9714.

Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr im Kolberger Salon, Kolberger Straße 23

Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung

Zutritt nur gegen Vorzeigung der mit dem Wohnabstempel versehenen Legitimationskarte und Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

KAFFEE. 16,50 roh, 14,40 frisch geröstet, Pfd. 10, 20, 22. Vanille 110. - Muskatnüsse Pfd. 18,50. Wiederverkäufer, Café Engrospreise. Kaffee- und Gewürz-Größhandlung Rauch, Norden 4336. Invalidenstraße 164, Eckhaus Brunnenstraße.

Konsum-Produkt-u. Sparverein Zehlendorf u. Umgegend e. o. m. b. H. Sonntag, den 6. März 1921, nachm. 4 Uhr, im 'Kaiserhof', Zehlendorf, Bismarckstraße 50. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung bekannt. Der Ausschuss: Dr. Valentin, Vorsitzender.

Spezialarzt Dr. Lehmann. behand. schmerz. gründlich, möglichst schmerzlos u. ohne Berührung. Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Gonorrhoe, Frauenleiden, Schwindsucht. Sprachrohr Methoden. Harn- u. Blasenuntersuchung. Bahnhof Königsstr. 34-35. Alexanderplatz. Apr. 10-1 u. 5-8, Sonn. 10-1

Möbel. zu bedeutend herabgesetzten Preisen. bei künstl. Holz und Abklärung. Katalogische Bedingungen. Bürgl. Wohnungseinrichtungen. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer. Gute Möbel. Einzelne Möbel. Weiter auch u. auswärts. Verpackung kostenlos. Möbel-Cohn. Gr. Frankfurter Str. 58. 5 Min. u. Alexanderpl. 11. Min. u. Bahnh. Gensdörfer.

Kleine Anzeigen. Einmalige in allen Expeditionen des Verlages. Der Abdruck des Wortes 1.- 20. Wk. jedes weitere Wort im Text 1.50 Wk. netto. Stellungsgesuche: Abdruck des Wortes 1.50 Wk., jedes weitere Wort im Text 1.- Wk.

Verkaufe. Heis & Co., Vorstadtstr. 51. I. Rechenstuhl, Rechner, etc., etc. Verkaufsgeschäfte: Schlafkammer, etc., etc. Werkzeuge und Maschinen. Kugellager, Schmirgelstein, etc. Selbstbau. Tiersmarkt. Verloren. Verschiedenes.

Abrechnung mit den Rechtssozialisten. Von Artur Crispian / Mark 1.00. Der moralische Zusammenbruch der SPD. Mark 0.75. Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten. Von Heinrich Ströbel / Mark 2.00. Zu beziehen durch die Buchhandlung 'Freiheit', Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Spezialität: Zahn-Praxis Endter Nflg. Hohenleutenstraße 21, Hochbahnhof Bülowstraße. Für 2. Klasse Preis. Zähne 5 M. und 7,50 M. Schöne natürliche Farben und Formen mit bestem Kunstzahn und künstlicher Zahnfleisch.

Ein unentbehrliches Notizbuch ist der U.S.P.D. Taschenkalender 1921. Gut gebunden 4.- Mark (Organisationen erhalten Preisermäßigung.) BUCHHANDLUNG 'FREIHEIT' BERLIN C2, Breite 8-9. Möbel. Stühle, Tische, etc. Kaufgeschäfte. Kokosöl, Goldschmied, etc.